

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Druck und Verlag:
Auer Druck- und Verlags-
geschäft m. b. H., Auer,
Kriegsgrabenstraße 1
Kriegsgraben-Bezirk
Telefon-Nr. 15.

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.70 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgebildet monatlich 4.00 Mk. Bei der Post bezahlt und durch Abgabe von Postwertzeichen 4.70 Mk. monatlich 3.70 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. monatlich 3.00 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In jeder Zeitungsausgabe und Ausgabezeiten, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind nach dem Platz und dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. Die Anzeigenpreise sind nach dem Platz und dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. Die Anzeigenpreise sind nach dem Platz und dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen.

Nr. 40

Mittwoch, den 18. Februar 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Antwortnote der Entente, in der ein bestimmter Vorbehalt auf die Auslieferung anhängen ist, ist in Berlin eingetroffen; in einer neuen Verbandsnote an Holland wird kein ausdrückliches Verlangen nach Auslieferung Wilhelms II. gestellt.

Die interalliierte Kommission für die Abstimmung in Oberschlesien hat angeordnet, daß die Verteidigung der Beamten des Abstimmungsgebietes auf die Reichsverfassung unterbleiben soll.

Wie verlautet, hat die polnische Regierung der Letztlichen mitgeteilt, daß Polen wahrscheinlich in der nächsten Woche die Friedensverhandlungen mit Rußland beginnen werde.

Nach Womani beschloß der italienische Ministerrat die Wiedereinführung der Rationierung der notwendigen Lebensmittel und der Kohlen.

Wie der Bund erklärt, wird die Volksabstimmung in der Schweiz über den Beitritt zum Völkerbund wahrscheinlich am 18. April stattfinden.

Zwei Millionen amerikanischer Eisenbahner haben den Generalstreik für Dienstag beschlossen. Wilson hat dem Kriegsminister Anweisung gegeben, in allen Städten der Union Truppen bereitzustellen.

Ein Mahnruf zur Auswanderungspolitik.

Von Dr. jur. et phil. Hugo Große.

In dem Zeitraum von 1850 bis 1914 hatte sich Deutschland von einem Auswandererlande zum Einwandererlande entwickelt. Je mehr sich die deutsche Industrie zur Probe der Arbeiter entfaltete, desto geringer wurde der Zug nach dem Auslande. Die Statistik liefert uns Beweise. In dem Dezennium von 1851 bis 1860, da die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen über 19,225 Millionen gegen 16,058 in der Industrie, verließen 1342 423 Menschen die deutsche Heimat. Dann aber, als die Industrie der Hälfte mehr Menschen Erwerb zu bieten imstande war als die Landwirtschaft (1907: 26,387 Millionen gegen 17 681 in der Landwirtschaft), war die Zahl der Ausgewanderten um ziemlich ein Fünftel gesunken (1900 bis 1910: 279 645). Da trat mit dem Anbruch der Abschüttelung der Rinderpest die Zentralmacht ein und damit eine völlige Umkehrung der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Der Weltmarkt stand still. Die deutsche Industrie arbeitete allein für den Kriegsbedarf. Die Rohstoffe schrumpften zusammen. Und auch als der Krieg sein Ende genommen hatte, wartete man vergeblich auf die erhoffte schnelle Zufuhr. Die Produktion kam ins Stocken. Ein neuer Umstand hemmte die Versorgung unseres Marktes mit Rohmaterialien und damit die Erzeugung von Verbrauchsgütern: der sich sinkende Wert des deutschen Geldes. Was wir alles an Rohprodukten und Lebensmitteln brauchen, wird bei weitem nicht durch unsere Exportware gedeckt. Immer neues Papiergeld fließt zur Befriedigung unserer Bedürfnisse ins Ausland, und immer tiefer sinkt die Kaufkraft der deutschen Reichsmark.

So erscheint für das nächste Duzenum, ja vielleicht für ein Dezennium, eine neue Periode lebhaft sich mehrender Arbeitslosigkeit im Inlande nicht gegeben. Die in ihrer Existenz bedrohten suchen neue Lebensbedingungen, die in der Fremde ihnen zu winken scheinen; die Massen werden durch die Not der Zeit zum dunklen Wanderheer aufgeschwemmt. Wieder will Deutschland ein Auswandererland werden, und all das Elend und alle die Gefahren, die ehemals über die deutschen Stämme und Gauen kamen, drohen abermals hereinzubrechen. Welches sind nun die Rämme, die gegen die ausbrechende Wanderflut aufzurichten sind, und wie bewahren wir die Herrschaft über die Straße, die im Lande nicht zu halten sind? Wie leiten wir sie zum besten unseres Staates und unseres Volksganges in geeignete Siedlungsgebiete? In diesen Fragen gewiß das heute dumm auf und lassende Auswanderungsproblem. Einige Hilfsmaßnahmen sind schon ins Werk gesetzt, andere befinden sich in Vorbereitung. Ueber gar manche ist man sich noch nicht schlüssig, obwohl die Zeit drängt, an Stelle der Ermüdungen die Tat treten zu lassen.

Ein Reichswanderungsausschuss ist begründet. Es hat die frühere, durch die deutsche Kolonialgesellschaft geleitete Arbeit der Zentralauskunftsstellen für Auswanderer übernommen und erweitert. Ueber die Auswanderungsarbeit konnte das neue Amt zu weitgespanntem positiven Schaffen noch nicht schreiten. Ohne hinreichende eigene Machtvollkommenheit, da dem Auswärtigen Amt wie dem Reichsminister des Innern untergeordnet, hat es keinen Auf- und Ausbau noch vor sich. In dem

es die Gesamtförderung für das Deutschtum im Auslande nach kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten abzumessen, ist es berufen, an die Stelle des Reichskolonialamtes zu treten. Ein Reichswanderungsgesetz liegt binnen kurzem im Entwurfe vor und soll die Lücken ausfüllen, die das Gesetz für das deutsche Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 ließ. Ob es mehr bringt als polizeiliche Bevormundung, ob es außer einer Ueberwachungsrichtung des auf den Auswanderer spezialisierten Unternehmertums vor allem zu einer völligen Werte schaffenden Auswanderungs-förderung im Auslande fortschreitet, ist noch fraglich. Jedenfalls sollten weiteste Kreise zu den Gedankengängen des neuen Gesetzes Stellung nehmen und für die zeitgemäße Ausgestaltung desselben eintreten. Die Absicht, brache Kräfte dem Ackerbau zuzuführen und so die Landwirtschaft zu einer Intensivierung zu gestalten, wurde durch das Gesetz verwirklicht. Inwiefern durch diese Maßnahme das Auswanderungswesen gefördert wird, hängt von den Ausführungen der Gesetzesbestimmungen ab. Nur schrittweise wird die Aufstellung verlässlicher Landes für Auswanderer erfolgen können, und nur wenigen kann vorerst der Wunsch nach Besitz eigener Scholle gestillt werden. Ob überhaupt da-

durch, daß wir wieder mehr zum Agrarvolk werden und einer Ueberindustrialisierung vorgebeugt wird, die Auswanderungsgefahr wirksam beschworen wird, bleibt eine offene Frage. Denn gerade eine erstarrende Industrie erhält Tausende im Lande, die sonst höhere Verdienste nach dem Auslande locken.

So gewiß kein Mittel unversucht bleiben muß, das die arbeitsfähigen und arbeitswilligen Deutschen im Lande erhält und ihnen neue und bessere Lebensbedingungen bietet, so sicher kann ferner nur eine großartige Auswanderungspolitik unserem Staate und unserer Wirtschaft dienlich werden. Sozialpolitik bedarf sich heute mit Auswanderungspolitik. Keine Anglisten und halben Maßnahmen, sondern nur weitläufige und finanziell kräftige Aktionen, wie Unterstützung gesunder Siedlungsgesellschaften, Hilfsorganisationen für die Auswanderer durch Auswandererbeiräte und Siedlungskommissionen im Auslande, durch Ueberfahrtsvereinigungen, Auswandererbanken, Anleihen für die kulturellen, produktiven Arbeiten von Siedlungsgesellschaften, können diejenigen Elemente unserem Volke erhalten, die aus vitalen Gesichtspunkten ihr Lebenswert jetzt in Uebersee aufbauen müssen.

Bedingter Verzicht auf die Auslieferung!

Die Antwortnote der Alliierten. — Kein ausdrückliches Verlangen nach Auslieferung Wilhelms II.

Die Antwortnote der Entente ist gestern mittag 1 Uhr durch den englischen Gesandten Lord Balfour dem Minister des Auswärtigen im Versammlungssaal im Reichstag überreicht worden. Sie ist in französischer Sprache abgefaßt.

Die Agence Havas veröffentlicht folgenden Wortlaut der nach Berlin abgegangenen Note der Alliierten: Die Alliierten haben mit Außerachtung der Mitteilung gerührt, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde, und in welcher die schweren Folgen sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der in den Artikeln 228 bis 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden. Die Mächte stellen zunächst fest, daß Deutschland erklärt, außerstande zu sein, die für sich aus den oben erwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrages sich ergebenden Verpflichtungen einzuführen. Sie befehlen sich vor, das ihnen aus dem Vertrage zustehende Recht in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, wie es ihnen zweckmäßig erscheint. Unter dieser Voraussetzung nehmen die Alliierten Akt von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung, daß sie bereit ist, vor dem obersten Reichsgericht in Leipzig unverzüglich ein mit den vollständigsten Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten, deren Auslieferung die Alliierten und assoziierten Mächte zu verlangen beabsichtigen.

Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene, von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmende strafgerichtliche Verfolgung ist vereinbar mit der Durchführung des Artikels 228 des Friedensvertrages und ausdrücklich am Ende des 1. Absatzes dieses Artikels vorgesehen. Getreu dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrages werden die Alliierten sich halten, sich irgendetwas in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und die Beurteilung einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre volle und ganze Verantwortlichkeit zu überlassen. Sie behalten sich vor, an der Hand der Tatsachen, den guten Glauben Deutschlands, die Beurteilung der begangenen Verbrechen durch Deutschland und den aufrichtigen Wunsch, zu der Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen ob die deutsche Regierung, die sich außerstande erklärt hat, die Schuldigen zur Aburteilung zu verhaften und den Alliierten zu übergeben, wirklich entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig abzurufen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine interalliierte gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Unterzeichnung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln und zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich haben die Alliierten darauf, in formeller Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einer Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in keinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages aufheben kann. Die Mächte behalten sich das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherungen den Angeklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für deren Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in einem solchen Falle voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihre eigenen Gerichte stellen.

Gen. Lloyd George.

Wenn die Entente jetzt nicht mehr auf die Auslieferung besteht, sondern damit einverstanden ist, daß die von ihr Beschuldigten vom nächsten deutschen Gerichtshof abgeurteilt werden, so liegt das fast für uns kein Grund zum Jubeln vor. Die Lage bleibt nach wie vor für uns trübselig. Noch liegen eine Reihe schwerwiegender Fragen vor, so die wegen der Kohlenlieferungen. Von einem ersten Schritt zur Revision des Friedensvertrages kann keine Rede sein. Die Antwortnote betont nur ausdrücklich und zureichend, daß der Verzicht auf die Auslieferung nicht nur mit dem Geiste, sondern auch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages durchaus vereinbar sei. Nicht um umso entgegenzukommen wird auf die Auslieferung verzichtet, sondern weil man sich davon überzeugt hat, daß das Begehren nach Lage der Sache einfach unerfüllbar ist, gleichviel, welche Regierung in Deutschland am Ruder ist. Ein Beharren auf die Forderung der Auslieferung würde nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt, vor allem auch die alliierten Mächte selbst, in ein Chaos gestürzt haben. In einem Punkte ging die Antwort der Entente anscheinend weiter, als was in unserer Note angeboten war. Die Alliierten wollen von der Verhängnis, das deutsche Gerichtsverfahren gegen die Beschuldigten zu kontrollieren, keinen Gebrauch machen mit dem Vorbehalt, daß in das Verfahren nicht einmischen zu wollen, und warum? Um sich die Möglichkeit eines schließlich eigenen Vorgehens, wenn sie von dem Ergebnis des deutschen Gerichtsverfahrens nicht befriedigt sind, in unbeschränktem Maße vorzubehalten.

Die neue Verbandsnote an Holland.

Die von den Verbandsmächten an Holland in der Auslieferungfrage gerichtete Note lautet: Die Mächte wünschen von der Regierung Ihrer Majestät keine Antwort, daß sie von ihrer traditionellen Politik abgehen, sondern daß sie nur den Charakter ihres Erbes erwägen soll. Dieser Charakter wird ihrer Ansicht nach nicht nur oder nicht hauptsächlich von der holländischen inneren Gesetzgebung bestimmt, und dieser Charakter ist von Holland nicht gehörig beachtet worden. Die Mächte können nicht warten, bis der Weltgerichtshof gegründet worden ist, der die Befugnis hat, die internationalen Begehren zu untersuchen, für die die Mächte die verantwortlichen Anstifter der Katastrophe des großen Krieges zur Verantwortung ziehen. Es ist gerade der von ihnen verlangte Prozeß, der den Weg für die Gründung eines derartigen Gerichtshofes freimachen würde. Er würde es aber nicht, wenn die Regierung Ihrer Majestät auf ihrer Ablehnung besteht, den vormaligen Kaiser auszuliefern, da sie einen unangenehmen Vorgang schaffen würde, der gerade geeignet ist, jeden Schritt dieses internationalen Gerichtshofes gegen höchstgehobene Vertreter unmöglich zu machen. Die holländische Regierung scheint nicht zu erwägen, daß ihr zusammen mit allen zivilisierten Mächten die Aufgabe obliegt, die Bestrafung für Vergehen gegen die Gerechtigkeit und die Grundzüge der Menschlichkeit herzustellen. Es ist ein solches Vergehen, für welches Wilhelm von Hohenzollern zweifellos eine große Verantwortlichkeit trägt. Die holländische Regierung hat zweifellos nicht vergessen, daß die Politik und das persönliche Verhalten des Mannes, dessen Auslieferung von den Mächten verlangt wird, etwa zehn Millionen Männern das Leben gekostet haben, daß diese Taten für die Verletzung oder die Schädigung der Gesundheit einer dreimal größeren Zahl von Männern, für die Unbenutzbarmachung und Verheerung von Millionen Quadratmeilen Bodens in Ländern, die früher friedlich, fleißig und glücklich waren, und für die Befallung der Welt mit Kriegsschulden, die in die Milliarden gehen, verantwortlich sind, und daß unter dem

schönen besseren Zeiten, und demzufolge war die Stimmung der Kinder auch gar nicht schlingmächtig. In den Abendstunden versuchten auch andere als Kinder etwas kernvolles Stimmungsaufkommen zu lassen, es blieb aber beim Versuche, denn über das Singen frühlicher Lieder kam man nicht hinaus. Fröhliche Lieder aber erzeugen nicht immer auch innere Fröhlichkeit. So blüht auch der Faschings-Dienstag nicht anders als einen trüben Tag in der langen Kette anderer ebensolcher.

7. Frauenabend des Frauenvereins. Der gestrige Frauenabend des Frauenvereins im Pfarrhaus hatte sich eines ausgezeichneten Besuchs zu erfreuen: Der Saal war bis zum letzten Platze gefüllt. Und es war wieder heimlich und traulich in der Gemeinschaft unseres Frauenvereins. Der Kurator des Vereins, Pastor Dertel, begrüßte die erschienenen Frauen und jungen Mädchen unserer Stadt und sprach über den Übergang in der evangelischen Gemeinde. Der Vortrag wurde mit gespannter Aufmerksamkeit angehört und löste eine lebhaftes Ausdrucksweise teils zustimmender, teils widersprechender Art aus, sofern eine ganze Reihe der Anwesenden den Übergang für durchaus harmlos erklärten, eine Meinung, der der Vortragende und zahlreiche Erscheinene nicht beipflichten konnten. — Mitglieder des Jungfrauenvereins erfreuten die Versammlung durch Vorträge von Liedern, Gedichten und szenischen Darbietungen. Zum Schluß las der Kurator noch eine kleine Novelle von Stern vor. So war es fast 11 Uhr geworden, als die Versammlung auseinanderging.

8. Lebensmittel für die Arbeitervereine zu Wue. Am vergangenen Sonntag hielt der Arbeiterverein Wue und Umgebung seine diesjährige Hauptversammlung in den Räumen der Reichshalle ab. Nach dem Vortrag gebrachten Rassenbericht befragte der Verein ein Gesamtvermögen von 38 669,13 M., was für das Geschäftsjahr eine Zunahme von 3700,49 M. bedeutet. Der Mitgliederbestand beträgt 1063 männliche und 181 weibliche, gestorben sind 1918 11 männliche und zwei weibliche, die man durch Erben von den Plätzen erbt. Die Wahl des ersten Vorsitzenden konnte durch Zuzug vorgenommen werden; sie fiel auf Ulrich Trümlich, Goerzstraße 3, den bisherigen zweiten Vorsitzenden, der einstimmig gewählt wurde. Ferner wurden statutengemäß zehn Verwaltungsratsmitglieder gewählt und zwar: Ernst Heinz, Gustav Müller, Willy Seimann, Paul Fischer, Berth. Fischer, Christ. Mothes, Max Schüller, Fritz Gröber, Oswald Köhler und Max Höfer. Im weiteren trat man dem Antrag der Verwaltung bei, die Reichenwägensteuer auf Jahr und Mittelteil auf 4 M. festzusetzen; der Reichenwägen wird dafür im Bedarfsfälle vollständig kostenlos den Mitgliedern gestellt. Nach längerer Aussprache schied man eine Banner-Kasse, hierfür wird im Jahr vom Mittelteil 1 M. erhoben werden. Beschlüssen wurde ferner noch, daß beim Kaffe-Sprechstunde eingeführt werden und zwar jeden Sonntag von 2 bis 4 Uhr; die Gewerksammlungen fallen in Zukunft weg.

9. Hauptversammlung des Arbeitervereins zu Wue. Am vergangenen Sonntag hielt der Arbeiterverein Wue und Umgebung seine diesjährige Hauptversammlung in den Räumen der Reichshalle ab. Nach dem Vortrag gebrachten Rassenbericht befragte der Verein ein Gesamtvermögen von 38 669,13 M., was für das Geschäftsjahr eine Zunahme von 3700,49 M. bedeutet. Der Mitgliederbestand beträgt 1063 männliche und 181 weibliche, gestorben sind 1918 11 männliche und zwei weibliche, die man durch Erben von den Plätzen erbt. Die Wahl des ersten Vorsitzenden konnte durch Zuzug vorgenommen werden; sie fiel auf Ulrich Trümlich, Goerzstraße 3, den bisherigen zweiten Vorsitzenden, der einstimmig gewählt wurde. Ferner wurden statutengemäß zehn Verwaltungsratsmitglieder gewählt und zwar: Ernst Heinz, Gustav Müller, Willy Seimann, Paul Fischer, Berth. Fischer, Christ. Mothes, Max Schüller, Fritz Gröber, Oswald Köhler und Max Höfer. Im weiteren trat man dem Antrag der Verwaltung bei, die Reichenwägensteuer auf Jahr und Mittelteil auf 4 M. festzusetzen; der Reichenwägen wird dafür im Bedarfsfälle vollständig kostenlos den Mitgliedern gestellt. Nach längerer Aussprache schied man eine Banner-Kasse, hierfür wird im Jahr vom Mittelteil 1 M. erhoben werden. Beschlüssen wurde ferner noch, daß beim Kaffe-Sprechstunde eingeführt werden und zwar jeden Sonntag von 2 bis 4 Uhr; die Gewerksammlungen fallen in Zukunft weg.

Staatlicher Waldboden zu landwirtschaftlichen Zwecken. Das Reichliche Finanzministerium hat bezüglich der Aufgabe staatlichen Waldbodens zu landwirtschaftlichen Zwecken folgende grundsätzliche Entscheidung getroffen: Staatlicher Waldboden kann in der Regel nur für Kleinwohnungsbau und zugärtnerischen Betrieben auf kleiner Flächenstücke käuflich abgetreten werden. Die käufliche Ueberlassung von Waldboden zur landwirtschaftlichen Benutzung empfiehlt sich nach den gemachten Erfahrungen nicht. Wenn heute die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Grundstücken eine ungewöhnliche ist, so ist das bedingt durch die infolge der Kriegsjahre eingetretene Knappheit der Lebensmittel und die hohen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Ueberwindung der gegenwärtigen Notlage wieder zurückgehen. Erweist sich dann der landwirtschaftliche Betrieb auf weniger günstig gelegenen Flächen nicht mehr als lohnend, so fallen diese, wie frühere Beobachtungen noch heute beweisen, der Verbodung anheim und müssen dann im vollwirtschaftlichen Interesse vom Staat angekauft und aufgefördert werden. Um dies zu verhindern und dem Staat die Möglichkeit zu bewahren, die in Frage kommenden Flächen ohne erneuten Ankauf später wieder zum Holzanbau zu sichern, hält es das Finanzministerium für ratsam, sie jetzt nicht zu verkaufen, sondern nur zu verpachten.

10. August, 17. Februar. Freiwillige Mehrarbeit in Lugau-Oelsnitz. Wie die Politischen Parlamentarischen Nachrichten aus Dresden erfahren, haben sich die Organisationen des Lugau-Oelsnitzer Kohlenreviers auf den Hinweis des Arbeitsministers, daß zur Befreiung der Kohlennot die Bergarbeiter täglich eine Ueberstunde machen sollten, grundsätzlich hierzu bereit erklärt. Sie würden hierfür dieselben Löhne unter denselben Arbeitsbedingungen erhalten wie die Bergarbeiter des Ruhrreviers und außerdem extra pro Kopf und Woche ein Pfund Brot und Speck. Es wird nunmehr in den einzelnen Bergwerken darüber abgeklärt werden.

11. Falkenstein, 17. Februar. Eine größere Anzahl von Verhaftungen kommunistischer Agitatoren hat in den letzten Tagen hier stattgefunden. Der Kommunist Hoeft ist jedoch, entgegen den Behauptungen anderer Blätter, noch nicht mit verhaftet, obwohl er sich anscheinend noch in Falkenstein befindet.

12. Werdau, 17. Februar. Hotelankäufe durch die Stadt. Die Stadtverwaltung hat die Gastwirtschaften zur Weintraube, Zur Wiese, Zur Sonne und Zur Reichshalle aufgekauft, um die Räume neuer Behörden in die Grundstücke zu legen. Auch sonst sind hier eine größere Anzahl von Gastwirtschaften und Gastwirtschaften in anderen Besitz übergegangen.

13. Mohrweis, 17. Februar. Eine Demonstration gegen die Verletzung der Protaxation führte einen Teil der hiesigen Arbeiterschaft vor das Rathaus. Bürgermeister Dr. Wild erläuterte die augenblickliche Lage. Eine aus der Menge gewählte Kommission wird in Gemeinschaft mit dem Bürgermeister Dr. Wild der Amtshauptmannschaft die Wünsche der Kohlewäner Einwohnerchaft vorzutragen.

14. Dresden, 17. Februar. Das sächsische Kadettenkorps wird nunmehr am 10. März ab. Es auf Grund des Friedensvertrages aufgelöst. Die Kadetten werden entlassen und das sächsische Kultusministerium hat die Absicht, in den Räumen des Kadettenhanfense eine Landesergänzungsanstalt mit Realgymnasium zu errichten. Selbstverständlich müssen erst die Verhältnisse zwischen dem Reich und Sachsen bezüglich der Kadettenanstalt geregelt sein.

Die Lokomotive des Glücks.

In der Pariser Tageszeitung 'L'Express' gibt ein französisches Schriftsteller ein sehr nachdenkliches Stimmungsbild von der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen. Er schreibt: Wenn Sie die Absicht sehen wollen, müssen Sie jetzt aufstehen, werden mit im Hotel in Solihons gelagt. So war ich denn schon um fünf Uhr auf dem Wege zum Bahnhof. Die Stadt mit den Häusern und den ausgefüllten Straßen sieht einem stillen Bauplatz. Auf dem Bahnhof sah es nach festem Holz, neuem Teeranstrich und Menschenhaufen. Es waren an die tausend deutsche Gefangene, in verschiedenen grünen Uniformen,

alle hielten und noch dampfend von dem langen Marsch. Bewaffnete Soldaten bewachten sie, als ob einer dieser gefangenen Romanen jetzt noch versuchen wollte, nach seiner Heimat zu entfliehen. Keine Nieder, kein Lachen, während sie unter dem grellen Licht der elektrischen Lampe mit Namen aufgerufen werden. Und dann treten sie einer nach dem anderen durch die kleine Holztür auf den Bahnhof hinaus. Ich kann sie in der Nähe beobachten. In ihren Paketen und Bündeln haben sie Erinnerungen an die Gefangenschaft: Ansichtskarten, buntes Steins, allerlei kleine Sächchen, die sie mit großer Sorgfalt in den Ruhestunden ihrer langen Gefangenschaft geformt oder geschnitten haben. Alle aber tragen — und das hat mich tief erfaunt — irgendwelche Zweige oder Blumen in der Hand: Fleurbaun, Büschel von Buchsbaum, Tannenreisig oder ein Büschel wilder Veilchen. ... Es ist das Deutschland Goethes, das mir hier entgegentritt. Ohne daß ich es überdies sehe. Es schmeckt mir etwas die Reize zu dem Anblick dieser befreiten Gefangenen, die bei zufälligem Anstreifen mit ernster Stimme Pardon zu mir sagen.

Der Bahnsteig glänzt an diesem Morgen wie das unruhige Wasser eines Flusses. Ein langer Zug steht bereit; in vollkommener Ordnung folgen die Deutschen ein. In einem besonderen Wagon, in dem alles blitzblank gepulvt ist, haben sich drei junge französische Hauptleute installiert. Sie fahren bis Saarbrücken mit und sind in bester Laune; schon zum zweitenmal machen sie die Reise. Sie zeigen mir den deutschen Zug, übrigens ein sehr schöner Zug. Die Abteile vierter Klasse sind mindestens so gut wie unsere sehr beschriebene Dritte. Der Zug enthält zwei Küchen, eine gut eingerichtete Krankenabteilung, eine große Anzahl Liegebetten und ganz am Ende einen Wagon mit Wascheinrichtungen, Tischen, Warmwasserhähnen und einer Fülle elektrischer Lampen. Die deutsche Lokomotive fährt mir auf durch ihre machtvollen und zugleich praktischen Formen. Auf der sorgfältig geschlossenen und durch Scheiben geschützten Plattform stehen der Führer, der Heizer und ein französischer Soldat; sie scheinen sich dort oben sehr behaglich zu fühlen, das schlechte Wetter kann ihnen nichts anhaben. Hier ist etwas, das unsere Eisenbahner nachdenklich stimmen könnte, sagte mir einer der Hauptleute und wies auf die sauberen Hände des Lokomotivführers. Wir wenden uns wieder zurück und bemerken nun, daß wie auf ein unsichtbares Seilchen der ganze Zug von der Lokomotive bis zum letzten Gepäckwagen mit grünen Zweigen über und über bedeckt ist; alle Türen, alle Fenster sind damit geschmückt. Noch darf nicht gesprochen werden, doch ein feines Murmeln schreit sich wie unwillkürlich aus bedrückter Brust zu lösen. Und mehr als ich es höre, ohne ich jene friedliche Weise des alten Deutschland: O Tannenbaum. ... Und ich muß daran denken, daß alle Menschen, so verschieden sie auch sein mögen, daß alle in der Stunde der Heimkehr von den gleichen Empfindungen, den gleichen Freuden erfüllt sind.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die deutschen Gefangenentransporte aus Frankreich über die Schweiz nach Deutschland. Die weiteren Transporte der Kriegsgefangenen gehen durch das Saarland nach Mannheim, Worms, Mainz, Koblenz und Köln und von hier aus rechtsrheinisch in die engere Heimat. Für die Woche vom 15. bis 21. Februar ist der Antransport von 85000 Deutschen aus den französischen Gefangenenerlagern angezeigt worden.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Antwort der Entente in der Auslieferungssage.

Berlin, 18. Februar. Reichswehrminister Noske sprach sich über die Ententemose in Bremen verschiedenen Blättern zufolge dahin aus, daß es durchaus verfrüht sei, anzunehmen, daß wir vor allen weiteren ernstlichen Schwierigkeiten und etwaigen Repressalien bewahrt bleiben würden. Die Alliierten beliehen sich ausdrücklich das Recht vor, Schulden, deren sie habhaft würden, vor ihre eigenen Richter zu stellen. Deshalb bleibe eine außerordentliche Unsicherheit für jeden Deutschen bestehen, der im Krieges war, wenn er künftig eines der alliierten Länder betrete.

Berlin, 18. Februar. Im Vormärts heißt es: Gemaltige Schwierigkeiten stehen vor der Abwicklung der Prozesse, die das Reichsgericht in Leipzig beschäftigen sollen. Die Zuständigkeitsfrage sei wohl schon durch das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz gelöst, wie soll es aber mit der Untersuchung und mit der Beweiserhebung gehalten werden? Aber wenn selbst der Tatbestand klar festgestellt werden kann, so bleibt noch die größte Hauptfrage nach der Objektivität der Richter. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird ausgeführt, daß, was das deutsche Rechtsleben kenne, befristet müsse, daß, im Gegenfall zu den Gerichtshöfen der Feinde, bei uns auch die Angehörigen unserer Kriegesgegner immer zu ihrem Rechte gekommen seien. Die deutschen Behörden verfolgten unerbittlich das Ziel, keinen Unschuldigen zu strafen, aber auch keinen wirklich Schuldigen der Strafe zu entziehen. Wie die Germania meint, liegt der Kernpunkt der Ententemose darin, daß sie sich einen Widerruf ihres Beschlusses auf Auslieferung vorbehält. Das Tagesblatt steht in der Note eine Etappe auf dem Wege, der zur Revision des Versailleser Vertrages führt.

Berlin, 18. Februar. Die gestern vom amtlichen Geschäftsträger übergebene, die Auslieferung betreffende Note, die aus London vom 18. Februar datiert, von Lloyd George unterzeichnet und an den Kanzler der deutschen Republik gerichtet ist, stimmt mit nach der amtlichen Uebersetzung mit dem Text der Agence Havas im ganzen überein. Hervorzuheben ist folgende abweichende Stelle, wo es heißt, unerschütterlich vor dem obersten Gerichtshof in Leipzig gegen alle Deutschen ein Strafverfahren zu eröffnen, das mit den vollständigen Garantien umgeben sein und alle Artelle, Verfahren oder früheren Entscheidungen der deutschen Zivil- oder Militärgerichte unberührt lassen wird. (Note Nr. 88 vom 20. Januar 1920.) Weiter unten muß es in der Note statt Verurteilung der begangenen Verbrechen richtig heißen Anerkennung der begangenen Verbrechen.

Berlin, 18. Februar. Zu der Ententemose an die holländische Regierung schreibt der Lokalanzeiger, daß ihre Tonart, die bisher im internationalen Verkehr nicht üblich war, holländische Regierung nicht darüber hinwegtäuschen werde, wie in ihre eine Verletzung des Verschlusses versucht werde, den die Entente trotz der formalen Aufrechterhaltung ihrer Auslieferungsforderung auch bei dieser Gelegenheit habe ausgesprochen müssen.

Der Gefangenentransport aus Frankreich. Paris, 18. Februar. Bis zum 18. Februar sind im ganzen 144 Gefangenentransporte nach Deutschland abgegangen. Die Transporte entwickeln sich mit der größten Regelmäßigkeit und Ordnung. Aus dienstlichen Gründen werden die Gefangenen jetzt in Rudolstadt und an der Meise übergeben. Am 20. Februar beginnen die Kranken Transporte in Solothurn, von Bagatell.

Die Abkündigung in Schwabing. Kopenhagen, 18. Februar. Der Minister für Schwabing, Hansen, sagte zu einem Vertreter des Westinghouse Abends bezüglich des von deutschen Gelehrten geforderten Abkündigung des ersten Jans nach der sogenannten Klobj. Durch die Abkündigung ist das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen.

Der Reichskanzler im Reichstag. Offen, 18. Februar. Gestern nachmittag fand im Ehren des Reichskanzlers und der übrigen Mitglieder der Reichsregierung ein vom Oberbürgermeister gegebener Empfang statt, an dem Vertreter aller Bevölkerungskreise teilnahmen. Auf die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Lütjehausen erwiderte der Reichskanzler, daß der Siedlungsverband auf das schnellste gemäß den Absichten der preussischen Regierung verwirklicht werden müsse. Der Reichskanzler erkannte auch ausdrücklich die überragende Bedeutung des Ruhrkohlenbezirkes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau an und sagte zu, daß die Reichsregierung auf die Ernährer der Bevölkerung des Ruhrkohlenbezirkes im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen an die Bergarbeiter die allergrößte Sorgfalt verwenden werde.

Die Wagengestellung und der Abtransport der Brennstoffe im Ruhrrevier gestaltet sich unter den Nachwirkungen des Streiks und bei dem anhaltenden Lokomotivmangel auch in der vergangenen Woche noch ziemlich unregelmäßig. Die Dampfbestände, die am 31. Januar 945 718 Tonnen betragen, konnten bis zum 14. Februar auf 799 424 Tonnen verringert werden.

Schärfung des Beweises. Berlin, 18. Februar. In der gestrigen Tagung des Bundes der Landwirte wurde von Freiherrn von Wangenheim an die Opferwilligkeit der Berufsgenossen appelliert, nach Abschluß der Verträge auch alles herzugeben, was zu liefern sei.

Wägere Preisangebot. Berlin, 18. Februar. Aus Lübeck erfährt der Lokalanzeiger, daß dank dem Eingreifen des Landesverwaltungsamtes die Preisangebot 6 111 g er wurden.

Die Polen in Oberschlesien. Berlin, 18. Februar. Ueber die von den oberhalbigen Besatzungsgruppen geübte Justiz erheben die Blätter einbrünstige Klagen. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung sagt, wollen die Polen durchaus eine Tutenschaft konstruieren, um die schweren wiederholten Reklamationen der deutschen Bevölkerung durch Leute aus ihren Reihen in den Einzugsstagen vergessen zu machen.

Verteigerung deutscher Schiffe. Washington, 18. Februar. Die gestrige Verteigerung von deutschen Schiffen ergab 2 235 000 Dollars für 21 Schiffe. Der Verkauf ist nur unter der Bedingung gültig, daß die Ausschüsse des Senates und des Repräsentantenhauses ihre Zustimmung geben.

Unsere Gefangenen in Rußland. Berlin, 18. Februar. Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die ungeliebte Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland hat sich die deutsche Regierung entschlossen, in Besprechungen mit dem hierzu delegierten Bevollmächtigten der Sowjetregierung, Wladimir Kopp einzutreten.

Volcares Abkündigung. Paris, 18. Februar. In den gestrigen Sitzungen der Kammer und des Senates wurde die angekündigte Abkündigung des Präsidenten Volcares verlesen. Es heißt darin: Deutschland habe versprochen, sich nicht mehr gegen die Ruhe Europas zu bewaffnen. Frankreich müsse darüber wachen, daß Deutschlands Entwaffnung effektiv werde. Frankreich müsse von Deutschland verlangen, daß es das Uebel wiedergutmache, das es angerichtet habe.

Demission Jannart's. Paris, 18. Februar. In den Wandelgängen der Kammer vertrat, daß Jannart als Präsident der Wiedergutmachungskommission demissioniert habe, und zwar aus Gesundheitsrücksichten. Millerand habe die Nachfolgerschaft Andre Tardieu angeboten, der aber abgelehnt habe.

Schiedsgericht in Winterton. Paris, 18. Februar. Vor dem internationalen Schiedsgericht über die marokkanischen Wintertonangelegenheiten in Paris ist gestern über die Marokkanen ein Minutentellamtion die Entscheidung gefällt worden. Das Schiedsgericht hat gegen die Stimme des deutschen Schiedsrichters die von den Gebrüder Mannesmann 1908 und 1909 vom Sultan Mulay Hafid erworbene Wintertonzession für nichtig erklärt. Für die Kosten, die die Gebrüder Mannesmann zur Erwerbung der Konzessionsrechte seinerzeit verausgabt haben, läßt das Schiedsgericht aber die Zahlung einer Entschädigung zu und es behält sich ferner die Bewilligung von neuen Schutz- und Konzessionsrechten an die Gebrüder Mannesmann vor.

Die Abkündigung. Amsterdam, 18. Februar. Wie das Reuters Bureau aus Washington meldet, wird in der letzten Note der Vereinigten Staaten an die Alliierten entzifferter Wiederspruch gegen eine Prüfung der Abkündigung erhoben, die mit den im Versailleser Vertrag getroffenen Bestimmungen und mit den in 14 Punkten aufgestellten Grundregeln nicht vereinbar sei. Beamte des Welton Hauses haben erklärt, die Vereinigten Staaten könnten sich an der Regelung der Wintertonfrage nicht beteiligen, da die Premierminister der Alliierten ihren Beschluß ohne Befragung der Vereinigten Staaten gefaßt hätten. In amtlichen Kreisen wird angegeben, daß die Vereinigten Staaten möglichst schnell das Abkündigung Europa einstellen werden, wenn eine Bekundung des Friedensvertrages, die die Vereinigten Staaten als unvereinbar mit dem Grundgesetz der Selbstbestimmung ansehen, in Kraft gesetzt wird.

Eine neue bolschewistische Republik. Kopenhagen, 18. Februar. Russische Zeitungen melden, daß in dem von den Bolschewisten besetzten Teile der Ukraine eine neue selbständige bolschewistische Republik errichtet wurde, die mit Sowjetrußland einen Bundesvertrag abgeschlossen hat. Zum Präsidenten der Republik wurde Petrowski ernannt.

Der tolle Mullah. London, 18. Februar. Das Reuters Bureau erfährt, die Operationen gegen den Mullah in Somalia seien so gut wie beendet. Die Streitkräfte des Mullah hätten eine schwere Niederlage erlitten, und der Mullah selbst sei in Richtung des italienischen Gebietes entkommen.

Rue.

Wegen Reinigung sind unsere Geschäftsräume am Freitag und Sonnabend, den 20. und 21. Februar 1920 nur für dringliche Angelegenheiten geöffnet. Für Geburts- und Todesfallanzeigen ist das Standesamt am Sonnabend, den 21. Februar, vormittag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Das Standesamt im Stadthaus bleibt nur am Freitag, den 20. Februar, vormittag für den öffentlichen Verkehr offen. Wue, den 18. Februar 1920. Der Rat der Stadt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Krahel.

